

# Wasserstraßen: Geballte Kritik an Berliner Plänen

**NORDFRIESLAND** Das Konzept des Bundesverkehrsministeriums zur Neuordnung des Wassertourismus stößt in Nordfriesland nicht auf Gegenliebe. Weil darin der Status der Eider und des drei Kilometer langen Gieselau-Kanals – das Verbindungsstück zwischen Nord- und Ostsee – als Bundeswasserstraßen in Frage gestellt wird, beschäftigte sich auf SPD-Initiative jetzt auch der nordfriesische Kreistag mit dem Thema.

Einstimmig wurde eine Resolution an das Bundesministerium verabschiedet, von einer möglichen „Entwidmung“ der beiden Bundeswasserstraßen Abstand zu nehmen – aus wirtschaftlichen und kulturhistorischen Gründen sowie mit Blick auf die Sicherheit und Leichtigkeit des Schiffsverkehrs. Die Funktionsfähigkeit der Bundeswasserstraßen müsse „mindestens im derzeitigen Umfang“ nachhaltig gewährleistet bleiben. Die Sorge: Werden Eider und Gieselau-Kanal – nicht nachvollziehbar – wegen angeblich geringer Bedeutung herabgestuft, würden für Unterhaltung und Investitionen keine Bundesmittel mehr fließen (wir berichteten).

„Eider und Gieselau-Kanal müssen schiffbar bleiben“, bekräftigte SPD-Fraktions-Chef Thomas Nissen im Kreistag. Er hofft deshalb, dass sich weitere Kreistage, betroffenen Kommunen und Interessenverbände der Forderung ans Bun-

desministerium anschließen. Die schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten werden gebeten, sich ebenfalls in diesem Sinne zu positionieren, die Landesregierung den Plänen des Bundes nicht zuzustimmen und sich dafür einzusetzen, dass der Bund verpflichtet wird, die derzeitigen Nutzungsmöglichkeiten aufrecht zu erhalten.

„Eigentum verpflichtet“, betonte Jürgen Jungclaus (WG-NF). Auch der Bund müsse seinen Aufgaben gerecht werden. Die Bundeswasserstraßen Eider und Gieselau-Kanal seien für den Tourismus in Nordfriesland von großer Bedeutung, betonte der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Frank Petersen. Von einem regelrechten Angriff auf den Tourismus der Region sprach Uli Stellfeld-Petersen (SSW): „Dem muss ein Riegel vorgeschoben werden.“

Der Husumer SPD-Bundestagsabgeordnete Matthias Ilgen wirft Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) vor, sich aus der Verantwortung stehlen zu wollen, wenn die Eider vom Status einer Bundeswasserstraße zu einer „Freizeit- und naturnahen Wasserstraße“ degradiert werden solle. „Nicht nur die kulturhistorische, auch die wirtschaftliche Bedeutung der Eider ist unbestritten“, so Ilgen. Das Konzept des Ministeriums orientiere sich nicht an der Realität. *fu*